

Jo Rodejohann

NICHT EINFACH NUR EIN JOB

Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsplatzrisiken  
in der bundesdeutschen Rüstungsindustrie

AP 02 (KON) - Juni 1984 (rev.)

Die "Arbeitspapiere" stellen keine Äußerung der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung GmbH oder der Mitglieder des Stiftungsrates dar; sie werden von den Autoren verantwortet, die Mitarbeiter von im Berliner Projektverbund geförderten Projekten sind.

C bei den Autoren

Berliner Projektverbund der Berghof-Stiftung  
für Konfliktforschung  
Winklerstr.4a

D-1000 Berlin (West) 33

Tel.: (030) 8928000 und 8928009

Ende 1981 rief der Philosoph Günther Anders die Rüstungsarbeiter der Welt zur Arbeitsverweigerung auf:

"Nicht nur Eure Ketten habt Ihr zu verlieren. Sondern den schämlichen Zwang, diese Ketten selbst zu schmieden! Und die schämliche Gläubigkeit, mit dem Ihr Euch diesen schämlichen Zwang als ein 'Anrecht' aufschwätzen laßt. Und das schämliche Pathos, mit dem Ihr für dieses schämliche 'Anrecht' zu kämpfen bereit seid. Und sogar zu sterben!"  
(1)

Eine radikale Forderung, doch wird dieser Aufruf zum Produktstreik (2) der Wirklichkeit der rüstungsabhängig Erwerbstätigen gerecht?

Der Alltag der Rüstungsarbeiter wird nicht zuerst durch die Frage bestimmt, was produziert wird, wie die von ihnen hergestellten Güter gebraucht werden. Ihre Situation ist vielmehr durch den Gegensatz zwischen Forderungen politischer Moral und dem täglichen Zwang geprägt, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Wo ihnen dieser Gegensatz nicht selbst bewußt ist, werden sie in letzter Zeit seitens der Friedensbewegung immer wieder mit ihm konfrontiert. Doch den Millionen Menschen, die weltweit tagaus tagein damit beschäftigt sind, Rüstungswaren herzustellen, scheint diese Arbeitsmöglichkeit heute mehr denn je ohne Alternative zu sein - ihre Ablehnung hätte in der Mehrzahl der Fälle Erwerbslosigkeit zur Folge.

So unmoralisch die Fertigung von Rüstungswaren als Produktion von "Todesmitteln" (Schmitt-Egner) auch sein mag: In Zeiten wachsender struktureller Erwerbslosigkeit, wo allein in der Europäischen Gemeinschaft von 1982 bis 1985 nach Angaben des Europäischen Gewerkschaftsinstituts fast elf Millionen Arbeitsplätze zusätzlich hätten geschaffen werden müssen, um die Arbeitslosigkeit auf zwei Prozent zu drücken (3), scheint jeder Arbeitsplatz erstrebenswert. Diese Sicht wird durch die Erfahrung der letzten Jahre gestärkt, daß alle Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit erfolglos geblieben sind. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schätzte Mitte 1984, daß in der zweiten Jahreshälfte 1985

im OECD-Bereich 31 Millionen Menschen erwerbslos sein werden.(4) Im Frühjahr 1982 waren allein in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft mit 10,5 Millionen arbeitslos Registrierten bereits etwa so viele Menschen erwerbslos, wie damals weltweit durch Militärausgaben in der industriellen Produktion Arbeitsplätze fanden.(5)

Unter diesen Bedingungen erscheinen rüstungsabhängige Arbeitsplätze überdies besonders sichere Erwerbsmöglichkeiten zu bieten - vornehmlich aus zwei Gründen. Die seit dem zweiten Weltkrieg ungebrochene Aufrüstung hat der Rüstungsfertigung erfolgreich das Merkmal einer Wachstumsbranche aufgeprägt, die dauerhafte Arbeitsplätze bietet. Dieser Eindruck wird durch die aktuellen Entwicklungen weiter verstärkt: die weltweite Wirtschaftskrise wird von einem starkem Aufrüstungsschub begleitet. Rüstungen, so scheint es, werden unabhängig von der wirtschaftlichen Konjunktur nachgefragt, sind für viele Regierungen sogar das Mittel der Wahl, um der Wirtschaftskrise zu begegnen. Und sie werden auch eingesetzt, um die sozialen und politischen Folgen der Wirtschaftskrise zu beherrschen. Es erscheint kaum vorstellbar, daß rüstungsabhängige Arbeitsplätze in gleicher Weise oder sogar stärker als andere industrielle Arbeitsplätze gefährdet sind.

Auf den ersten Blick spricht alles dafür, daß sich an diesem eigenartigen Verhältnis auch in Zukunft nicht viel ändern wird. Denn die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist nicht nur konjunkturell bedingt. Sie ist Ausdruck einer langfristigen strukturellen Veränderung des Kapitalismus, die Erwerbslosigkeit im großem Umfang erzeugt. Schon vor Jahren warnte die englische Wirtschaftswissenschaftlerin Joan Robinson:

"Selbst wenn das Wachstum wieder seine alte Rate erreichte, gäbe es nicht die Möglichkeit, die Vollbeschäftigung langfristig in dem Sinn zu erreichen, daß die Wirtschaft jedermann die Möglichkeit bietet, für seinen Lebensunterhalt zu sorgen, ohne daß er sein Heil im Verbrechen sucht."  
(6)

Wenn unter diesen Bedingungen Arbeitsplätze in der Rüstungsfertigung in Gefahr geraten, werden wie schon in der Vergangenheit auch in Zukunft Rüstungsarbeiter für diese Erwerbsmöglichkeit kämpfen. Selbst Streiks für zusätzliche Rüstungsaufträge oder Rüstungsexporte sind nicht auszuschließen. Im Dezember 1980 protestierten tausend Werftarbeiter in Kiel mit einem spontanen Streik - und mit Billigung der Unternehmensleitung - gegen die Forderung, aus politischen Gründen die Lieferung von zwei Unterseebooten an die chilenische Militärdiktatur zu untersagen.(7) Fast zur gleichen Zeit streikten in Belgien rüstungsabhängig Beschäftigte für die Fortsetzung der Produktion des Kampfflugzeugs F-16, um 2.500 Arbeitsplätze zu sichern, die ab 1984 gefährdet erschienen. Sie streikten so militant, daß Überfallkommandos der Polizei gegen sie eingesetzt wurden.(8)

Die notwendige Erinnerung an die alltäglichen Zwänge, die die Lebenssituation der Rüstungsarbeiter ebenso wie die jedes anderen abhängig Beschäftigten prägen, löst allerdings die moralischen Probleme der Rüstungsfertigung nicht. Wie aktuell sie sind, läßt sich in der Zeitschrift der Industriegewerkschaft Metall nachlesen. Dort beschwert sich zunächst ein rüstungsabhängig Beschäftigter im Unternehmen Rheinmetall (Düsseldorf) über gewerkschaftliche Kritik an Rüstungsexporten des Unternehmens: "Daß bei Rheinmetall auch Waffen hergestellt werden, ist bekannt. (...) Da ich aber leben will, muß ich auch arbeiten." Dem hält ein Kollege entgegen, der wahrscheinlich nicht in der Rüstungsfertigung beschäftigt ist:

"Solange gewerkschaftlich organisierte Väter und Mütter in deutschen Waffenschmieden Tötungswerkzeuge herstellen, sind doch gewerkschaftliche Aufrufe gegen die Rüstung Hohn. Wir Arbeiter fertigen doch in der ganzen Welt die Waffen selber, mit denen wir dann auch noch auf Befehl einiger Wahnsinniger aufeinander schießen dürfen."(9)

So deutlich hier die für Rüstungsarbeiter alltägliche Spannung zwischen Forderungen politischer Moral und dem

Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft ("Da ich aber leben will"!) beschrieben ist - den Problemen der rüstungsabhängig Beschäftigten bleibt solche allein moralisierende Kritik äußerlich, solange keine anderen Erwerbsmöglichkeiten vorhanden sind. Diese werden nicht dadurch geschaffen, daß man den Rüstungsarbeitern auch noch die "Schmach" des Zwanges vorhält, dem sie unterworfen sind.

Vielmehr geht es darum, die anderen, zur Rüstungsfertigung alternativen Erwerbs- und Arbeitsmöglichkeiten politisch zu erkämpfen, die eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Fertigung von Gütern für den nichtmilitärischen Gebrauch (Rüstungskonversion) bietet - und zwar unter gleichberechtigter Beteiligung der Betroffenen: der rüstungsabhängig Beschäftigten.(10) Ein erster Schritt auf diesem Wege ist die Beantwortung der Frage, ob Arbeitsplätze in der Rüstungsfertigung tatsächlich sicherer und mit weniger Arbeitsplatzrisiken behaftet sind, als andere Arbeitsplätze: ob "Rüstungsarbeitsplätze" sichere Erwerbsmöglichkeiten bieten.

### **Die Karriere eines Arguments**

Die Behauptung, daß durch Rüstungsfertigung Arbeitsplätze gesichert werden könnten, ja sogar sicherer würden, ist fast ebenso alt wie die moderne industrielle Rüstungsproduktion. Eckart Kehr führt in seiner Arbeit über "Soziale und finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda" einen der frühesten Belege an: Im Dezember 1901 wandte sich der Vorsitzende des Deutschen Flottenvereins mit der Bitte an das Reichsmarineamt,

"angesichts der schlechten Konjunktur u. der ungünstigen Geschäftslage von Handel u. Industrie u. der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit vieler Tausender von Arbeitern den auf einen längeren Zeitraum verteilten Bau von Kriegsschiffen in möglichst beschleunigten Tempo durchzuführen. Dadurch, daß der Bau der durch die letzte Marine-Vorlage bewilligten Schiffe so beschleunigt würde, wie es die deutschen Werften überhaupt leisten könnten, würden viele Industriezweige neue Aufträge erhalten, wodurch

nicht nur diese über Wasser gehalten, sondern auch in den Stand gesetzt würden, ihre Arbeiter zu beschäftigen u. bereits entlassene wieder einzustellen."(11)

Wenige Jahre später, im Vorfeld des Ersten Weltkriegs, hatte dieses Argument offensichtlich bereits weite Verbreitung gefunden. In Österreich-Ungarn wurde 1911 die Beschaffung von "Dreadnought"-Schlachtschiffen unter anderem damit begründet, daß ihr Bau "den Arbeitern nützen werde. Denn bei der Erbauung der Schiffe, bei der Herstellung des Schiffseisens, der Panzerplatten, der Schiffskanonen, der Schiffsmaschinen würden viele Arbeiter Beschäftigung finden."(12) Wenig später referierte und kritisierte Rosa Luxemburg die Vorstellung,

"durch die indirekten Steuern und den Staatsbedarf trete nur eine Verschiebung in der sachlichen Form der Reproduktion ein; statt anderer Waren produziere man Kreuzer und Kanonen, dank deren der Arbeiter seine Beschäftigung und sein Brot in gleichen oder noch größeren Maße, ob hier oder dort, finde."(13)

Doch nicht nur das Argument vom volkswirtschaftlichen, besonders auch beschäftigungspolitischen Nutzen der Rüstungsproduktion war vor dem Ersten Weltkrieg schon klassisch entfaltet. Auch dessen Kritik wurde bereits in einer Weise vorgetragen, die mit ihrer Betonung der sozialen Kosten des Rüstens bemerkenswert an heutige Diskussionen erinnert. So schrieb etwa Otto Bauer 1911:

"Es ist also einfach nicht wahr, daß die Dreadnoughts den Arbeitern nützen. Das Gegenteil ist wahr! Weil der Staat soviel Geld für den Militarismus ausgibt, fehlt ihm zum Notwendigsten das Geld. Der Staat kann die drückendsten Steuern nicht ermäßigen, er wird neue drückende Steuern einführen, er muß an Schulen, Spitälern, an Eisenbahnen, an den Gehältern seiner Beamten und an den Löhnen seiner Arbeiter sparen, er hat kein Geld für die Altersversicherung (...)."(14)

Die Geschichte der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland wurde von Beginn an durch beschäftigungspolitische Argumente mitgeprägt. Schon in der ersten Krise der durch Wartungsverträge und Lizenzbauten wieder aufgebauten Luftfahrtindustrie, als Ende der fünfziger

Jahre über die Beschaffung des Kampfflugzeugs F-104G (Starfighter) entschieden werden mußte,

"wurde mehrmals in öffentlichen Reden die Notwendigkeit von Anschlußaufträgen für die Luftfahrtindustrie hervorgehoben. (...) 12.000 qualifizierte Arbeitskräfte (...) müßten entlassen werden, falls nicht unverzüglich neue Rüstungsaufträge vergeben würden, obwohl militärisch keine unmittelbare Notwendigkeit für die Beschaffung neuer Flugzeuge (bestand)".(15)

Diese Aussagen waren Ausdruck der Sorge, daß die vorhandenen qualifizierten Arbeitskräfte aufgrund von Schwankungen in der Auftragslage in die zivile Industrie abwandern würden. Arbeitsplatzsicherung als Begründung für Rüstungsbeschaffung hatte den industriepolitischen Zweck, die neu aufgebaute und von militärischen Aufträgen abhängige Luftfahrtindustrie vor dem Verlust ihrer qualifizierten Arbeitskräfte zu bewahren, die in der damaligen günstigen gesamtwirtschaftlichen Situation leicht zivile Arbeit finden konnten. Allgemeine beschäftigungspolitische Argumente, wie sie heute bei jedem Rüstungsauftrag öffentlichkeitswirksam angeführt werden, spielten damals noch keine Rolle.

Dies war auch noch ein Jahrzehnt später nicht anders. 1969 schrieb der damalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, der CSU-Bundestagsabgeordnete Zimmermann, daß "wir eine deutsche Rüstungswirtschaft (...) nicht aus Gründen der Vollbeschäftigung" brauchen: "sie kann notfalls auch anderweitig sichergestellt werden."(16) Zwei Jahre später bekräftigte der Geschäftsführer des in der Rüstungsfertigung stark engagierten Unternehmens Diehl, Zwissler, diese Aussage fast wörtlich. Wie selbstverständlich betonte er darüberhinaus, daß Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie besonderen politischen Risiken unterliegen:

"Diese restriktive Politik (der Bundesregierung in der Krise Ende der sechziger Jahre; JR) führte in der Rüstungsindustrie zu Personalentlassungen großen Ausmaßes. Die Beschäftigten spürten zum ersten Mal die große Unsicherheit des Arbeitsplatzes in diesem Industriezweig."

Sorge bereitete ihm allerdings dasselbe Problem, welches

schon Ende der fünfziger Jahre beschäftigungspolitische Argumente zugunsten von Rüstungsbeschaffungen begründet hatte: daß rüstungsabhängig Beschäftigte einer Wiederholung dieser Erfahrung dadurch zu entgehen trachten, daß sie sich zivile Arbeitsplätze suchen. Dies war Ende der sechziger Jahre offensichtlich in bedeutendem Umfang geschehen: "Eine zusätzliche Abwanderung (neben den erfolgten Entlassungen; JR) trat ein, und bis heute hat die Industrie die Auswirkungen noch nicht überwunden."(17)

Bis Anfang der siebziger Jahre war das industriepolitische Interesse, die qualifizierten Arbeitskräfte in der Rüstungsfertigung zu halten, grundlegend für arbeitsplatzbezogene Argumente in der Rüstungspolitik. Die Unternehmensleitungen setzten es gezielt ein, um ihre Forderungen nach kontinuierlicher Auslastung der Produktionskapazitäten durch neue Rüstungsaufträge abzustützen: So erklärte die Geschäftsführung des Unternehmens ATLAS MAK (Kiel) Ende Januar 1969 gegenüber dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, daß der

"militärisch(e) Produktionsanteil von 40 % (...) im Jahr 1971 bedenklich absinken werde, wenn nicht die Fertigung von Schützenpanzern dazukomme. Eine starke Abwanderung von Fachkräften wäre dann zu befürchten; ihr müsse durch eine entsprechende Auftragspolitik begegnet werden. Das Bergepanzerprogramm laufe einschließlich der Exporte im Januar 1970 aus."(18)

In den siebziger Jahren erfolgte dann die heute übliche Verallgemeinerung der beschäftigungspolitischen Argumentation, die als zusätzliche Begründung von Rüstungsproduktion für den Bedarf der Bundeswehr wie für den Export angeführt wird.(19) Häufig reicht jetzt schon die schlichte Tatsache aus, daß zur Rüstungsproduktion Arbeitskräfte nötig sind, um politische Wirkungen, zumindest aber Aufmerksamkeit zu erzielen. Dazu haben verschiedene Entwicklungen geführt:

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre kam es zur ersten größeren konjunkturellen Krise der bundesdeutschen

Rüstungsindustrie, nachdem die sechziger Jahre durch den anhaltenden Abbau von Arbeitsplätzen gekennzeichnet gewesen waren. Bedingt durch den hohen Anteil an Lizenzbauten im ersten Jahrzehnt der Wiederaufrüstung hatte sich die Rüstungsfertigung anfänglich durch eine hohe Arbeitsintensität ausgezeichnet. Doch dieses Kennzeichen schwand bald. Nach Berechnungen der Hamburger Arbeitsgruppe Rüstung und Unterentwicklung sank die Zahl der Beschäftigten von 1962 bis 1970 um fast 40 Prozent oder um 124.000 Beschäftigte.(20)

Die Krise der Rüstungskonjunktur Anfang der siebziger Jahre hing mit dem Abschluß großer Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr zusammen, die zum größeren Teil aus hiesiger Fertigung stammten. Es kam wiederholt zu Beschäftigungseinbrüchen, sowohl auf betrieblicher Ebene als auch in der Rüstungsfertigung ganzer Industriebranchen.(21) Diese Vorgänge frischten notwendig die früheren Erfahrungen der rüstungsabhängig Beschäftigten auf und zwangen zu der Einsicht, daß auch die Rüstungsproduktion krisenhaft verläuft. Zwar wurde die Krise recht schnell dadurch überwunden, daß einige neue Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr einsetzten und auch die Rüstungsexporte wieder stiegen. Aber in der Triebwerksindustrie z.B. gingen 1976 in der rüstungsabhängigen Entwicklung mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze verloren, nachdem bereits ein Jahr zuvor in der Fertigung ein fast ebenso dramatischer Arbeitsplatzabbau stattgefunden hatte.(22) Einzelne rüstungsabhängig Beschäftigte wurden in der Krise sogar mit dem Versprechen entlassen, bei besserer Auftragslage wieder eingestellt zu werden - was dann auch geschah.(23) Solche Entwicklungen mußten auch die in Krisensituationen nicht Entlassenen in anderen Bereichen der Rüstungsfertigung beeindrucken.

Vor diesem Hintergrund wurde der Verweis auf die beschäftigungspolitischen Wirkungen von Rüstungsfertigung zum alltäglichen Versatzstück in der rüstungspolitischen Dis-

kussion und in der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit der Rüstungsproduzierenden Industrie. Hauptsächlichste Zielgruppe für diese Argumentation sind weniger die gering qualifizierten Arbeitskräfte, deren sonstige Erwerbsmöglichkeiten mit wachsender Arbeitslosigkeit ohnehin immer beschränkter werden. Verhindert werden soll, daß vor allem hochqualifizierte und erfahrene Arbeitskräfte aus der Rüstungsfertigung ausscheiden und sich weniger risikoreiche Arbeitsplätze in der zivilen Industrie suchen. Denn es scheint der Rüstungsindustrie Schwierigkeiten zu bereiten, gerade diese Arbeitskräfte in Konkurrenz mit der zivilen Industrie zu halten und überhaupt zu finden - auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten. Darüberhinaus gibt es durchaus Weigerungen, besonders von hochqualifizierten Arbeitskräften, in der Rüstungsproduktion zu arbeiten.(24)

Ein Beispiel für solche Werbung und Öffentlichkeitsarbeit bietet das eindeutig mit Rüstungsfertigung öffentlich identifizierte Unternehmen Rheinmetall. Stellenanzeigen des Unternehmens enthielten 1979/80 immer den Satz: "Wir entwickeln und fertigen für den Markt der Zukunft." 1981 und 1982 schaltete das Unternehmen in der Zeitschrift "Wehrtechnik" und in anderen Militärzeitschriften eine Serie von neun Anzeigen, die nicht mit den Rüstungswaren von Rheinmetall warben, sondern allgemein rüstungs- und militärpolitisch argumentierten.(25) Das Arbeitsplatzargument tauchte immer wieder auf:

"Die Sicherheit des Friedens zu erhalten, ist Aufgabe unserer Streitkräfte. Dazu benötigen sie die beste Ausrüstung. Rheinmetall ist hier besonders gefordert, durch den Unternehmensbereich Wehrtechnik. Denn der Unternehmensbereich Wehrtechnik entwickelt und fertigt wehrtechnische Systeme. Als Partner der Bundesrepublik Deutschland für die Sicherheit der westlichen Welt. Für eine Sicherheit, in der auf dem Boden der freien und sozialen Marktwirtschaft das Unternehmen seine Zukunft und die seiner 14.000 Mitarbeiter sieht." (Februar 1981)

"Die wehrtechnische Industrie ist Partner der Deutschen Bundeswehr. Sie beschäftigt rund 300.000 Arbeitnehmer. Hochqualifizierte Wissenschaftler, Ingenieure und Facharbeiter. Sie entwickelt und produziert wehrtechnische Systeme als Voraussetzung unserer Verteidigungsbereitschaft. Sie produziert Sicherheit. Sicherheit für unser

Wirtschaftssystem, der Grundlage unseres Wohlstands. Sicherheit für die 14.000 Mitarbeiter der Rheinmetall-Gruppe, die in diesem System ihre Zukunft sehen." (Oktober 1981)

"Wehrtechnische Forschung ist keine Randaufgabe. (...) Deshalb arbeiten 15 % der wehrtechnischen Mitarbeiter bei RHEINMETALL in der Forschung." (November 1981)

"Etwa ein Prozent aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland arbeitet in der wehrtechnischen Produktion. Diese 300.000 hochqualifizierten Fachleute - darunter die von RHEINMETALL - sichern durch ihre Arbeit die optimale und kostengünstige Ausrüstung der Bundeswehr mit Waffen und militärischem Gerät. Sie unterstützen damit die politisch und militärisch Verantwortlichen bei der Gewährleistung einer glaubwürdigen Abschreckung. Viele unserer Mitarbeiter bekennen sich zu ihrem persönlichen Beitrag für die moderne Ausrüstung der Bundeswehr, zu ihrem konkreten Beitrag für einen sicheren Frieden. Daher ist Wehrtechnik für die meisten RHEINMETALL-Mitarbeiter nicht einfach nur ein Job. Wehrtechnik heißt für sie hoher Ausbildungsstand, Qualitätsarbeit und Engagement. Meßbar nicht zuletzt an der niedrigen Personal-Fluktuation." (Dezember 1981)

"300.000 Beschäftigte in der wehrtechnischen Industrie - das sind ca. 1 % aller deutschen Arbeitnehmer. Ihre Arbeit ist ihr Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit der Deutschen Bundeswehr und des Atlantischen Bündnisses. Diese 300.000 Arbeitsplätze sind der Preis für die Sicherheit unseres Staates. Sie sind notwendig, um die soziale Existenz der wehrtechnischen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu erhalten. Sie sind erforderlich, denn sie ersparen uns die wehrtechnische Abhängigkeit vom Ausland. Rheinmetall-Wehrtechnik, das heißt Verpflichtung zum Auftrag von Bundeswehr und Bündnis, aber auch Verantwortung für unsere Mitarbeiter. Gemeinsam leisten wir unseren Beitrag zur Sicherheit unseres Staates. Ja zur Deutschen Bundeswehr - Ja zur wehrtechnischen Industrie." (August 1982)

Die Anzeigenserie von Rheinmetall macht deutlich, wo die in den letzten Jahren verstärkte Betonung des Aspekts "Arbeitsplatz(sicherheit)" in der Rüstungsfertigung ihre wichtigste Ursache hat: in der Schaffung eines positiven politischen und sozialen Umfelds für die Rekrutierung qualifizierter Arbeitskräfte sowie für deren dauerhafte Bindung an das Unternehmen - und für die Rüstungsproduktion überhaupt.

Zwei weitere Entwicklungen bewirkten zusätzlich, daß die schlichte Tatsache, daß zur Rüstungsfertigung Arbeitskräfte notwendig sind, hervorgehoben wird und politische Auf-

merksamkeit erringen kann. Zum einen erschien es nützlich, ein früher stark betontes Argument zur Rechtfertigung von Rüstungsproduktion und Rüstungsaufträgen hintanzustellen: daß Rüstungsforschung in besonderer Weise auch den zivilen technischen Fortschritt beflügele. Für den CSU-Politiker Zimmermann war diese Wirkung 1969 der einzige Grund, warum "wir eine deutsche Rüstungswirtschaft brauchen": "weil ihre Erkenntnisse den zivilen technologischen Standard unmittelbar befruchten." Denn:

"Wehrtechnik ist Extremtechnik, Spitzentechnik und damit Schrittmachertechnik. (...) Was heute noch als Extremwert angesehen und nur im militärischen Bereich gefordert wird, gehört morgen zum selbstverständlichen Angebot, das der zivile Markt erwartet. (...) Nur das Diktat der Sicherheitsprogramme stellt eben so hohe Anforderungen. Außerdem wäre auch keineswegs gewährleistet, daß der Staat dafür (für zivile Programme; JR) dieselben Mittel bereitstellen würde, wenn nicht Sicherheitsaspekte damit verbunden wären."(26)

In der Zwischenzeit ist diese Ansicht von unterschiedlicher Seite her bezweifelt und weitgehend widerlegt worden. Das hat auch in der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik seinen Niederschlag gefunden - was nicht ausschließt, daß ein solcher Nutzen der Rüstungsforschung weiterhin von interessierter Seite öffentlich behauptet wird. Die staatliche Förderung konzentrierte sich in den siebziger Jahren jedoch zunehmend auf zivile Projekte.(27)

Sogar seitens der Industrie ist das Argument vom zivilen Nutzen der Rüstungsforschung in Mißkredit geraten. Als nämlich die Rüstungsbürokratie den behaupteten zivilen Nutzen der Rüstungsforschung und -fertigung zum Anlaß nahm, die Industrie verstärkt zum Einsatz eigener Mittel in der Rüstungsforschung und -entwicklung aufzufordern, erklärte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI):

"Ein bei der Durchführung von Entwicklungsaufträgen des Verteidigungsressorts erlangter Vorteil des Auftragnehmers, daß nämlich das bei der Durchführung des Entwicklungsauftrages erzielte Know-how (Wissen; JR) in der zivilen Fertigung einsetzbar sein soll, wird häufig überschätzt. (...) In der Regel ist dagegen bei der vom Verteidigungsressort schwerpunktmäßig finanzierten anwendungsorientierten und objektbezogenen Entwicklung im Unterschied zur

allgemeinen Grundlagenforschung und -Entwicklung der sogenannten Spin-Off (der zivile Nutzen; JR) gering."(28)

Von besonderer Bedeutung war aber zum anderen die Verschlechterung der beschäftigungspolitischen Situation: die Massenarbeitslosigkeit seit Ende der siebziger Jahre. Rüstungsaufträge, Rüstungsexporte sind zu Politikbereichen geworden, in denen Politiker und Bürokraten in den Staatsapparaten zunehmend auch die Beschäftigungswirkungen bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen - selbst wenn dabei zusätzliche Kosten entstehen wie im Fall der Beschaffung von Fregatten für die Bundesmarine.(29) In den siebziger Jahren ist Beschäftigungspolitik noch stärker als früher zu einem Element der für den Rüstungsbereich typischen "Simultanpolitik" (30) geworden: neben militärischen Zielsetzungen werden mit Rüstungspolitik andere Ziele verfolgt. Die Tatsache, daß zur Rüstungsproduktion Arbeitskräfte notwendig sind, scheint in dieser Sicht die Klärung der Frage auszublenden, ob Rüstungspolitik überhaupt ein geeignetes beschäftigungspolitisches Instrument ist.(31)

Überdies ermöglicht der hohe Politisierungsgrad, der Rüstungspolitik eigen ist, zusätzlich die gezielte Politisierung von Arbeitsplatzrisiken in der Rüstungsfertigung - ganz im Unterschied zu den sonstigen alltäglichen Arbeitsplatzrisiken. Erstere gewinnen dadurch einen politischen Stellenwert, der ihrer tatsächlichen Bedeutung - verglichen mit anderen industrie- und beschäftigungspolitischen Problemen - nicht angemessen ist.(32) Das hat aber nicht zur Folge, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die Arbeitsplatzrisiken für den einzelnen rüstungsabhängig Beschäftigten in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit rücken würden. Wann immer bisher mit dem Argument "Arbeitsplatz(sicherheit)" in der Rüstungsfertigung Politik gemacht wurde, ging es vorrangig um das Ziel, Rüstungspolitik zu rechtfertigen und Rüstungsproduktion zu ermöglichen und zu sichern sowie, dem klar nachgeordnet, um gesamtwirtschaftliche Beschäftigungswirkungen - nie aber

um die Arbeitsplatzsicherheit des einzelnen rüstungsabhängig Beschäftigten.

Unter den Bedingungen wachsender Arbeitslosigkeit, die auch hoch qualifizierte Arbeitskräfte nicht länger verschont (33), wird es immer schwieriger, den Arbeitsplatzrisiken in der Rüstungsfertigung auszuweichen oder nach der Entlassung einen neuen Arbeitsplatz zu finden. "Arbeitsplatz(sicherheit)" in der Rüstungsfertigung wird in den nächsten Jahren in der beschäftigungspolitischen Diskussion eine noch größere Rolle spielen - sowohl aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung als auch infolge der nächsten großen Krise in der Rüstungsfertigung, mit der ab 1985/86 zu rechnen ist. Denn wenn in Kürze die laufenden großen Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr abgeschlossen sein werden, sind keine hinreichenden Anschlußaufträge in Sicht:

"Aus einer geheimen Studie des Bundesverteidigungsministeriums geht hervor, daß die Beschäftigung in der Rüstungsindustrie, bei Werften, Luftfahrt sowie Panzer- und Fahrzeugbau nach Auslaufen der momentan gefertigten Großprojekte drastisch absinkt - allein bei der deutschen Luftfahrtindustrie nach dem Jahr 1987 auf 25 % der heutigen Beschäftigung."(34)

Im Mai 1984 teilte der Leiter der Rüstungsabteilung im Verteidigungsministerium, Ruppelt, auf einer Arbeitstagung der "Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik" mit, daß nach internen Studien das Beschäftigungsvolumen in der Panzerindustrie "von 1984 bis 1988 um ca. 40 % absinken" werde, weil die Produktion des Kampfpanzers Leopard 2 ab 1986 auslaufe und Aufträge zur Kampfwertsteigerung des Leopard 1 und des Schützenpanzers Marder keinen Ausgleich bieten könnten. Erst ab 1997 sei der Fertigungsbeginn für einen neuen Kampfpanzer eingeplant.(35) Selbst wenn aber Anschlußaufträge für die Bundeswehr erteilt würden, läßt sich die Krise angesichts der vorhandenen Produktionskapazitäten in der Rüstungsfertigung nicht vermeiden. Die Zeitschrift "Wehrtechnik" warnte im Mai 1984 vor falschen Hoffnungen - in diesem Fall in der Luft- und Raumfahrtindustrie - im Zusammenhang mit zukünftigen

Rüstungsbeschaffungen:

"Sind von der deutschen Luftwaffe 324 TORNADO(-Kampfflugzeuge; JR) bestellt worden, so liegen die Planungen für das JF-90 (Jagdflugzeug für die neunziger Jahre; JR) deutscherseits bei 250 Maschinen, wobei es das erklärte Ziel der Luftwaffe ist, den JF-90-Preis auf 70 % des TORNADO-Preises zu begrenzen. Für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie dürfte das, gleiche Komplexität beider Flugzeuge vorausgesetzt, zu einem Umsatz führen, der bei nur 54 % des TORNADO-Umsatzes liegt."(36)

Schließlich besteht auch nicht die Möglichkeit, die Krise durch verstärkte Rüstungsexporte zu vermeiden - einmal abgesehen von der enormen Ausweitung des bundesdeutschen Rüstungsexports, die dafür nötig wäre: Zwar hat die bundesdeutsche Rüstungsindustrie in den siebziger Jahren ihren Anteil am Weltrüstungshandel auf knapp fünf Prozent vergrößern können. Doch seitdem hat sich die Situation verschlechtert. Die internationale Konkurrenz auf dem weltweiten Rüstungsmarkt hat sich verschärft - sowohl durch geringes Wachstum des Marktvolumens, das in einzelnen Bereichen sogar rückläufig ist, wie auch durch zusätzliche Anbieter.(37)

### **Arbeitsplatzrisiken in der Rüstungsproduktion**

Rüstungsproduktion unterscheidet sich zumindest in einer Hinsicht unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen nicht von der Produktion anderer Waren, von Waren für den zivilen Gebrauch: "Entlassungen, Kurzarbeit und Personalabbau sind für die Arbeitnehmer auch in der Rüstungsfertigung keine Fremdworte."(38) Die nähere Untersuchung ihrer Situation läßt überaus deutlich werden, daß die Rede von "Arbeitsplatzsicherheit durch Rüstungsproduktion" ein "sehr vordergründiges Argument" (Loderer) ist und daß die Arbeitsplatzrisiken in der Rüstungsfertigung sogar größer sein können als in der übrigen industriellen Produktion.

Einen allgemeinen Hinweis auf Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsplatzrisiken in der Rüstungsfertigung gibt der

Vergleich zwischen der Entwicklung der Nachfrage nach Rüstungswaren für die Bundeswehr und den Export mit der Zahl der dadurch hierzulande erzeugten industriellen Arbeitsplätze. Nach den Berechnungen der Arbeitsgruppe Rüstung und Unterentwicklung schwankte die Zahl der rüstungsabhängig Beschäftigten zwischen 1967 und 1981 (neuere Angaben fehlen) zwischen 200.000 und 240.000. Sie stagnierte also längerfristig, obwohl sich die inländische Rüstungsnachfrage im gleichen Zeitraum fast verdreifachte: von 6 auf 16,3 Milliarden DM. Diese große Steigerung der Rüstungsnachfrage hat sich nicht in zusätzlichen Arbeitsplätzen niedergeschlagen. Die Ursache dafür liegt zum Teil darin, daß das Wachstum des Rüstungsproduktionswerts auch inflationär bedingt ist, zum anderen aber in der starken Rationalisierung, die die Rüstungsfertigung auszeichnet. Eine wachsende Rüstungsnachfrage bedeutet also nicht notwendig, daß zusätzliche Arbeitsplätze in der Rüstungsfertigung entstehen.

Rüstungsabhängige Beschäftigung verläuft im übrigen unabhängig von der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur in krisenhaften, durch politische Entscheidungen verursachten "Rüstungs"-Zyklen. Die Hauptursache liegt in der Beschaffungspolitik der Bundeswehr, deren Wirkungen durch die Rüstungsexportnachfrage überlagert werden. In den Jahren 1971 bis 1973 nahm die rüstungsabhängige Beschäftigung nach Berechnungen der erwähnten Arbeitsgruppe um 18 Prozent ab. Mit Ausnahme von 1976 und 1977 ist sie bis 1981 ständig angewachsen und erreichte 1980 den Stand von 1971. Auch wenn diese Berechnungen nicht exakt die Veränderungen im Bestand an Arbeitsplätzen nachweisen können, so spiegeln sie die Trendentwicklung doch recht genau und in Übereinstimmung mit anderen Angaben.(39)

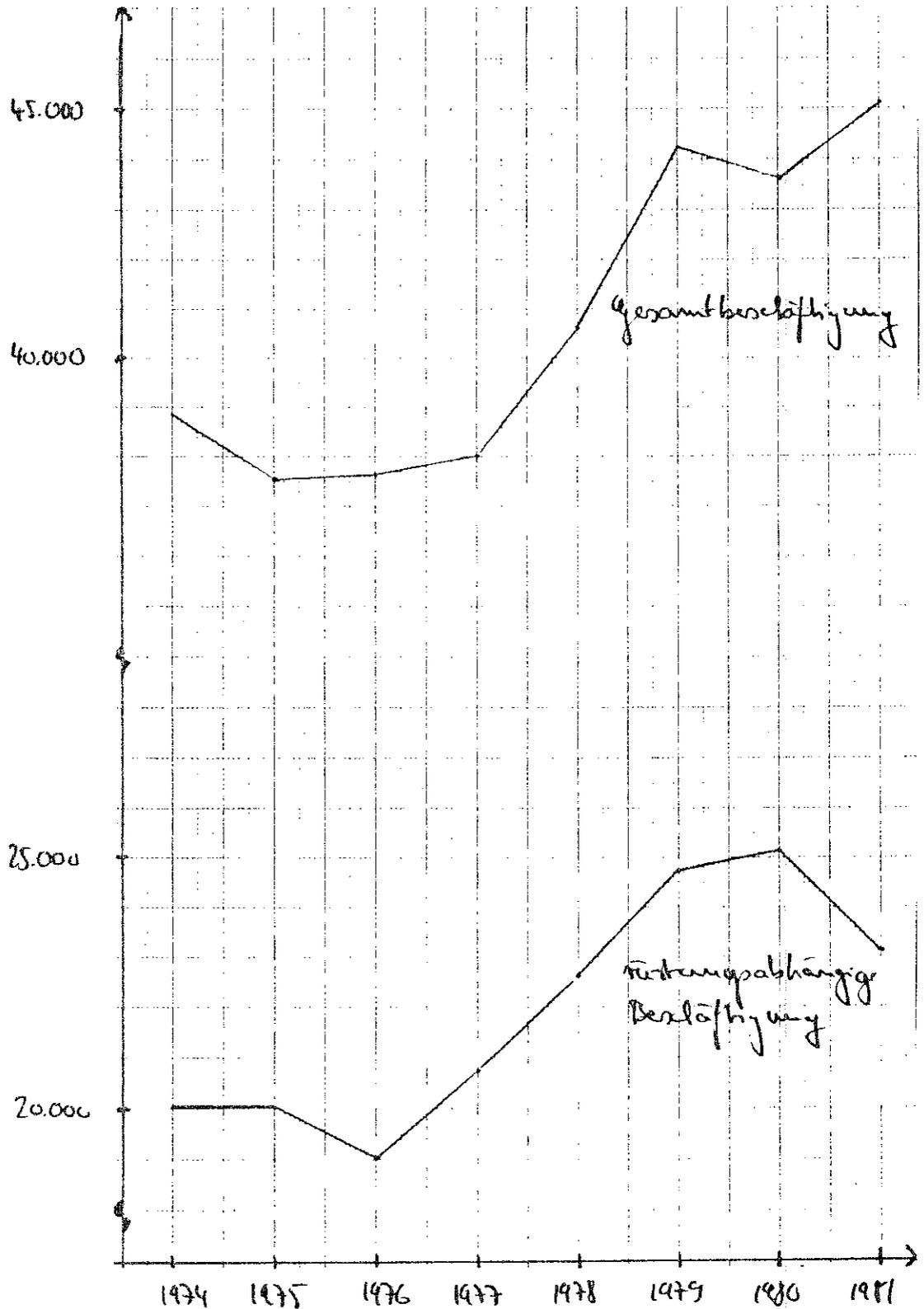
Unterhalb dieser recht gleichförmigen Kurvenbewegung spielen sich aber stärkere Bewegungen in Teilbereichen der Rüstungsfertigung und in einzelnen Unternehmen ab, die die Arbeitsplatzrisiken deutlicher machen, als sie auf

den ersten Blick und auf der Ebene der rüstungsindustriellen Beschäftigung insgesamt erscheinen. Aufgrund der mageren Datenbasis und der den engeren Produktionsbereich gegenüber der Öffentlichkeit abschirmenden Informationspolitik von Industrie und Staatsapparat in Rüstungsfragen können diese Bewegungen nur für einen begrenzten, allerdings wichtigen Bereich der Rüstungsfertigung nachgewiesen werden. Der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie hat die dazu notwendigen Informationen, besonders für die Luft- und Raumfahrtssystemfirmen sowie die Triebwerksindustrie, seit 1974 veröffentlicht.(40)

Die Abbildungen 1 und 2 beschreiben die Entwicklungen der Gesamtbeschäftigung und der rüstungsabhängigen Beschäftigung in den Luft- und Raumfahrtssystemfirmen und in der Triebwerksindustrie. Sie zeigen den zyklischen Verlauf der Beschäftigung, und es wird deutlich, daß die Entwicklung in der Rüstungsfertigung den Trend der Gesamtbeschäftigung weitgehend bestimmt. Von einer gleichmäßigen Beschäftigungssituation und damit von Arbeitsplatzsicherheit kann nicht gesprochen werden. In der Krise 1974 bis 1976 wurden in beiden Industrien in der Rüstungsfertigung Arbeitsplätze abgebaut. Da gleichzeitig die Zahl der zivilen Arbeitsplätze wuchs, schlug der Abbau nicht voll auf die Gesamtbeschäftigung durch. Seit 1976 wuchs die rüstungsabhängige Beschäftigung durch die beginnende Fertigung der Kampfflugzeuge TORNADO und ALPHA JET und die zivile Beschäftigung durch den AIRBUS wieder kräftig. Nimmt man nun im Zeitraum 1974-1981 die Jahre mit der niedrigsten und der höchsten Beschäftigung jeweils zum Vergleich, dann ergibt sich für die gesamte Triebwerksindustrie eine größte Schwankung von 11 Prozent, für die Luft- und Raumfahrtssystemfirmen von 20 Prozent. Für die rüstungsabhängige Beschäftigung in beiden Industrien betragen die Schwankungen jedoch 40 Prozent (Triebwerkbau) und 32 Prozent (Luft- und Raumfahrtssystemfirmen).

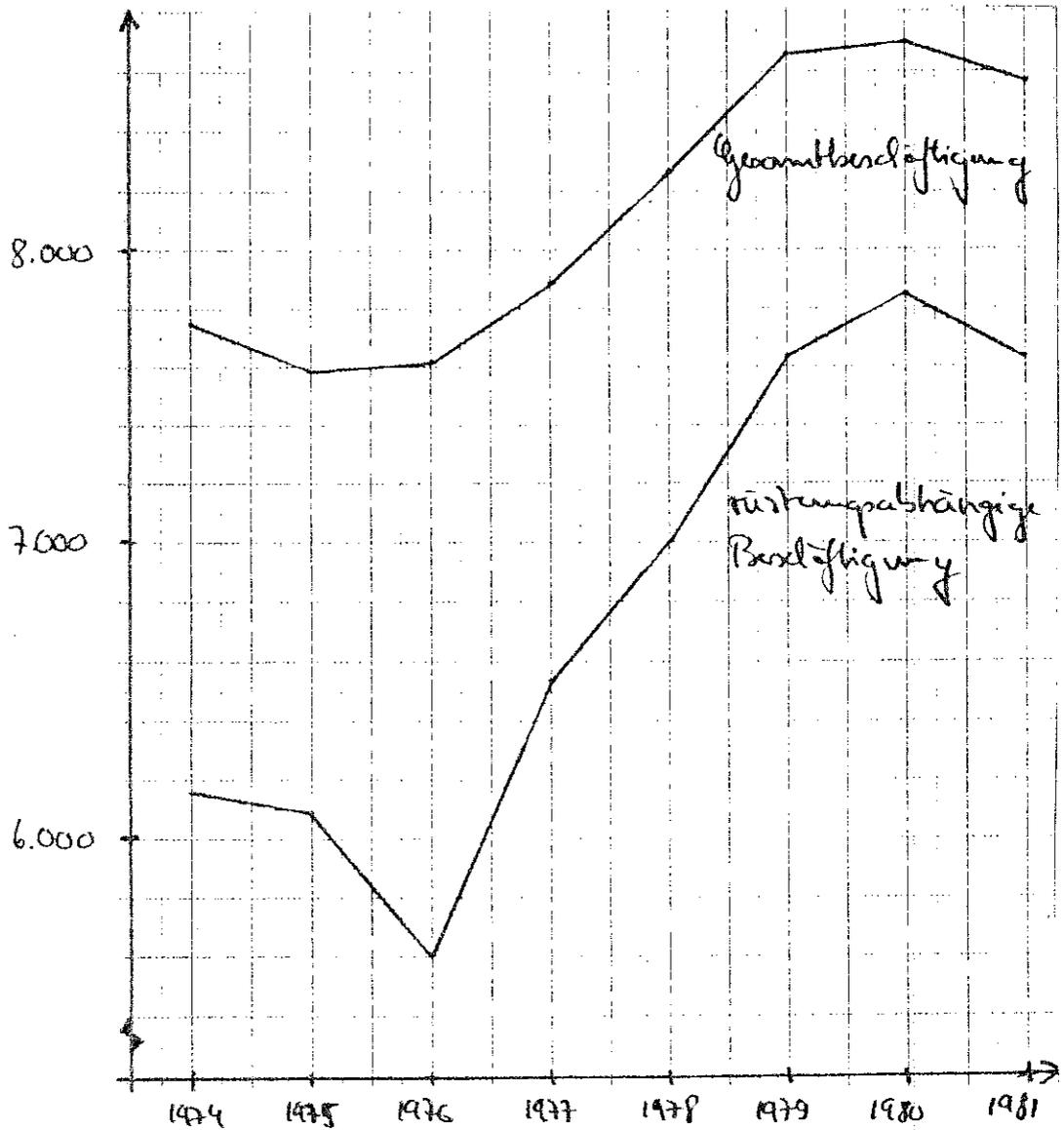
Die Abbildungen 3 und 4 zeigen den Verlauf der rüstungsab-

ZEICHNUNG 1: Entwicklung der Gesamtbeschäftigung und der rüstungsabhängigen Beschäftigung in den Luft- und Raumfahrtssystemfirmen 1974-1981



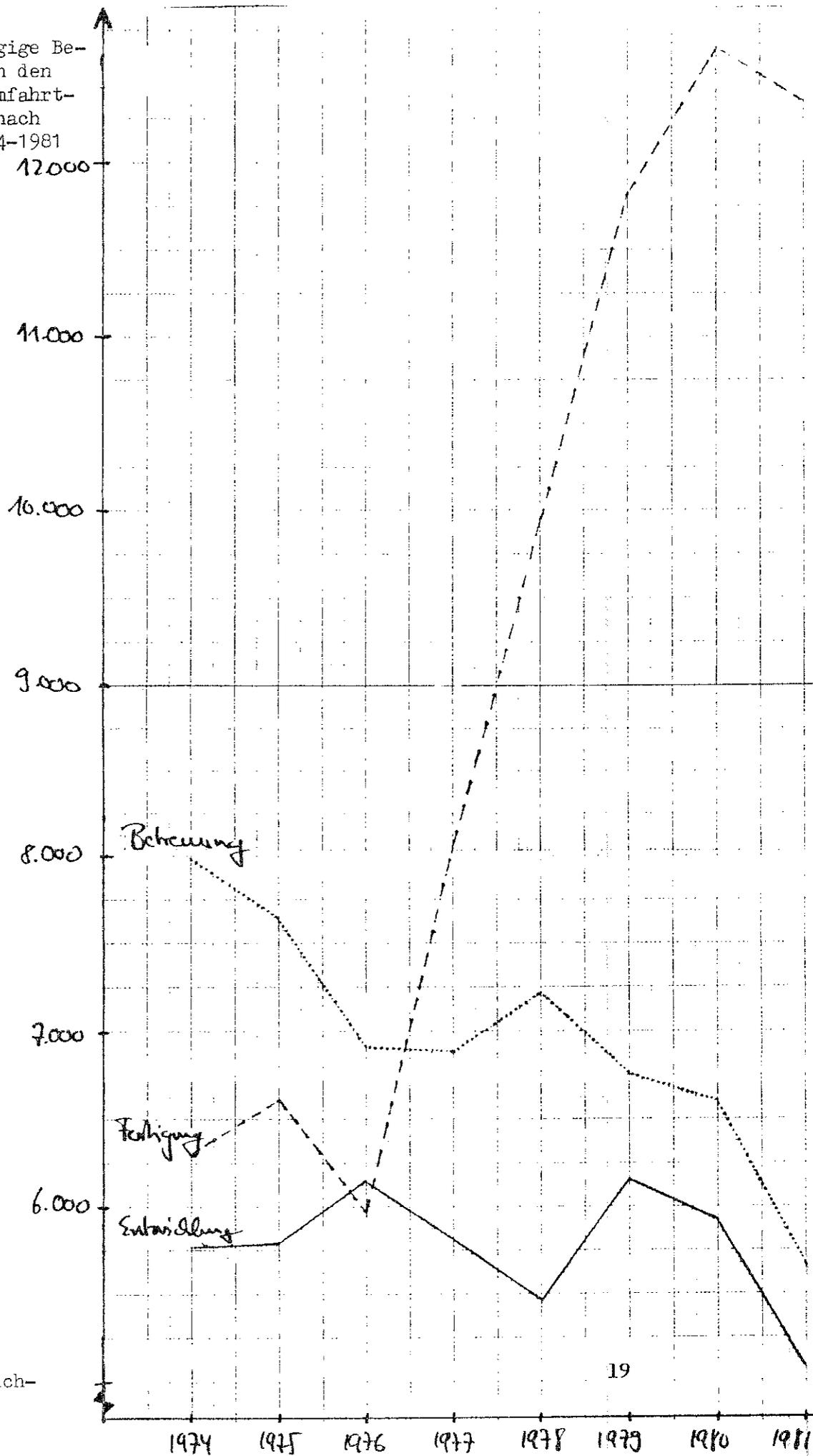
Quellen: Daten nach BDLI 1977, Tab. 3; BDLI 1978, S. 115; Wehrtechnik (6) 1979, S. 28; (6) 1981, S. 17; (5) 1982, S. 31

ZEICHNUNG 2: Entwicklung der Gesamtbeschäftigung und der rüstungsabhängigen Beschäftigung in der Triebwerksindustrie 1974-1981



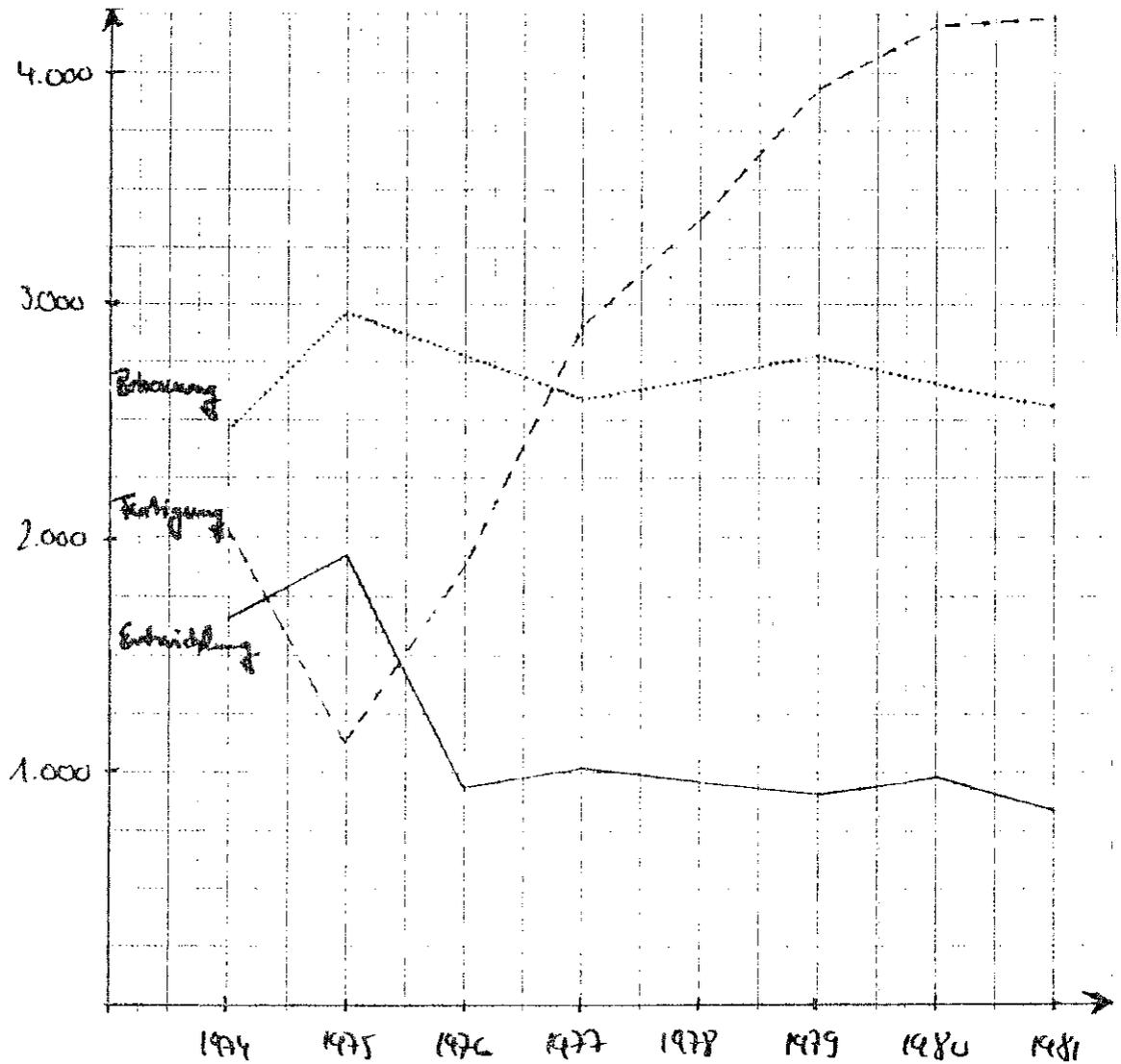
Quellen: Daten nach BDLI 1977, Tab. 4; BDLI 1978, S. 121; BDLI 1980, S. I, 5; Wehrtechnik, (6) 1981, S. 17; (5) 1982, S. 31

ZEICHNUNG 3:  
 Rüstungsabhängige Beschäftigung in den Luft- und Raumfahrtssystemfirmen nach Bereichen 1974-1981



Quellen:  
 Daten wie Zeichnung 2

ZEICHNUNG 4: Rüstungsabhängige Beschäftigung in der Triebwerksindustrie nach Bereichen 1974-1981



Quellen: Daten wie Zeichnung 3

hängigen Beschäftigung in beiden Industrien für die Bereiche Entwicklung, Fertigung und Betreuung. Sie machen die Schwankungen im Arbeitskräfteeinsatz in den einzelnen Bereichen deutlich, besonders eindrücklich in der Fertigung. Vergleicht man hier erneut die relativen Schwankungen zwischen 1974 und 1981, zeigen sich teilweise noch extremere Veränderungen als in der rüstungsabhängigen Beschäftigung insgesamt. In der Fertigung betrug der Unterschied zwischen dem niedrigsten und höchsten Beschäftigungsstand in den Luft- und Raumfahrtssystemfirmen 124 Prozent und in der Triebwerksindustrie 112 Prozent. Bemerkenswert hoch war auch die Schwankungsbreite in der Entwicklung in den Luft- und Raumfahrtssystemfirmen mit 21 Prozent; hier gab es sogar jährliche Schwankungen von über zehn Prozent.

Diese noch immer grobe Betrachtung der Entwicklung rüstungsabhängiger Beschäftigung in einer besonders durch Rüstungsfertigung geprägten Industriebranche zeigt, daß nicht Arbeitsplatzsicherheit das bestimmende Merkmal des Arbeitskräfteeinsatzes ist, sondern die "Anpassung der Arbeitskräfte als abhängige Variable der Produktionserfordernisse"(41). Zumindest für diese Industrien liegt der Schluß nahe, daß rüstungsabhängige Beschäftigung durch besondere, vergleichsweise hohe Arbeitsplatzrisiken ausgezeichnet ist - besonders dann, wenn eine Umsetzung innerhalb des Unternehmens in zivile Produktionsbereiche nicht möglich ist. So schlugen sich die Kürzungen der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre unmittelbar in Entlassungen nieder. Von 1980 bis 1981 nahm die Zahl der in der rüstungsabhängigen Entwicklung Beschäftigten in der gesamten Luft- und Raumfahrtindustrie um 709 ab. Da gleichzeitig in der zivilen Entwicklung nur 229 neue Arbeitsplätze entstanden waren, gingen allein in einem Jahr 480 hochqualifizierte Arbeitsplätze verloren. Das waren 5,7 Prozent aller rüstungsabhängigen Arbeitsplätze in den Entwicklungsabteilungen dieser Branche.(42) Diese Entwicklung wird auch

durch die jüngsten Zahlen über die Entwicklung der Luft- und Raumfahrtindustrie bestätigt. Im Jahr 1983 sank die Zahl der Beschäftigten in der rüstungsabhängigen Produktion um 2,7 Prozent, in der Systemindustrie verringerte sie sich im Bereich Entwicklung um 5,1 Prozent und in der Fertigung um 7,8 Prozent. Da der Arbeitskräfteabbau in den entsprechenden zivilen Produktionsbereichen noch stärker war, zeigen diese Zahlen unmittelbare Arbeitsplatzrisiken an. Entsprechend nahm die Zahl der Beschäftigten in der Luft- und Raumfahrtindustrie um 2,3 Prozent auf 71.500 ab, in der Systemindustrie um 3,5 Prozent auf 45.500.(43)

Noch stärkere Schwankungen sind im Rüstungsexport zu beobachten. Er erzeugte nach Berechnungen der Arbeitsgruppe Rüstung und Unterentwicklung 1972 über 30.000 Arbeitsplätze, 1973 waren es nur noch wenig mehr als 10.000, 1978 und 1979 aber wieder sehr viel mehr, nämlich über 40.000. Obwohl geschätzt wird, daß sich der bundesdeutsche Rüstungsexport von 1979 bis 1983 von 1,5 auf 3 Milliarden DM verdoppelt hat, wurde die Zahl der Arbeitsplätze in einer Anhörung des Deutschen Bundestages Anfang 1984 gleichwohl nur auf 30.000 bis 40.000 Arbeitsplätze beziffert.(44)

Was bedeutet das nun für die Situation in einzelnen Unternehmen? Während Mitte der siebziger Jahre in wichtigen rüstungsfertigenden Firmen wie Krauss-Maffei, MTU, Thyssen-Henschel und Thyssen-Nordseewerke Arbeitsplätze abgebaut wurden, hat es später in den Jahren der Rüstungskonjunktur einen leichten Zuwachs gegeben. Diese Arbeitsplatzrisiken sind an Veränderungen der Beschäftigtenzahlen in den Unternehmen direkt ablesbar. Weniger deutlich ist, daß sie Ergebnis von Vorgängen sind, die eng mit der Rüstungsfertigung zusammenhängen.

Zum Beispiel erfolgte ein Teil der Entlassungen, die mit dem Arbeitsplatzabbau in der Krise 1975/76 verbunden waren, nach Aussagen eines Betriebsrats "mittelbar". Sie waren

Folge der Weigerung, nach Abwicklung eines Rüstungsauftrags auf einen anderen, zivilen Arbeitsplatz im Unternehmen zu gehen; etwa weil Lohneinbußen durch Abgruppierung damit verbunden waren. Ähnliche Arbeitsplatzrisiken sind mit Veränderungen der betrieblichen Produktionsstruktur verbunden, wie sie Folge eines neuen Rüstungsauftrags sein können. So wurde in einem Betrieb der Bau von militärischen Hubschraubern zu Lasten des Waggonbaus verstärkt. Das bedeutete aber nicht, daß diese neue Arbeit einfach von den bisherigen Waggonbauern übernommen wurde. Vielmehr wurden hierfür neue Arbeitskräfte eingestellt oder aus anderen Unternehmensbereichen dorthin versetzt. Denn eine Umschulung der Waggonbauer hätte angeblich zweieinhalb Jahre gedauert. Teilweise war die neue Arbeit auch weniger qualifiziert, weswegen vermehrt Frauen eingesetzt wurden.(45) Das Arbeitsplatzrisiko ist also für den einzelnen rüstungsabhängig Beschäftigten noch größer, als sich aus den Beschäftigtenzahlen für einzelne Industrie- und Produktionsbereiche aus den Abbildungen ablesen läßt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß das Arbeitsplatzrisiko für rüstungsabhängig Beschäftigte im Durchschnitt offenbar größer ist, als für andere - zumindest in der gleichen Industriebranche. Diesen Schluß legen die verfügbaren Informationen aus der Luft- und Raumfahrtindustrie nahe. Die Abhängigkeit der Rüstungsnachfrage von politischen Entscheidungen und der damit verbundene sprunghaftere Verlauf der politischen Konjunktur der Rüstungsfertigung schlägt sich in besonderen Produktionsrisiken nieder. Der hohe Politisierungsgrad der Rüstungsfertigung ermöglicht es zwar, beschäftigungspolitische Argumente zur Begründung und zusätzlichen Rechtfertigung von Rüstungsaufträgen und Rüstungsexporten zu benutzen, mindert aber nicht das Arbeitsplatzrisiko des einzelnen rüstungsabhängig Beschäftigten. Er ist den besonderen, rüstungstypischen Arbeitsplatzrisiken voll ausgeliefert.

Das Management in rüstungsfertigenden Unternehmen hat vor

allem zwei Strategien entwickelt, um mit den besonderen Risiken der Rüstungsfertigung umzugehen, die aus den politisch bedingten Nachfrageschwankungen entstehen. Beide laufen darauf hinaus, das so verursachte unternehmerische Risiko aus dem Unternehmen hinauszuverlagern; entweder zu Lasten von einzelnen Arbeitskräften oder auf Kosten anderer Unternehmen.

(1) Eine amerikanische Untersuchung der westeuropäischen Rüstungsindustrie zitierte Ende der siebziger Jahre Manager aus rüstungsfertigenden Unternehmen in der Bundesrepublik. Sie hätten sich darüber beklagt, daß "Beschäftigungssicherheit in modernen Wohlfahrtsstaaten" eine "wachsende Bedeutung" gewonnen habe. Sie kam zu dem Schluß, daß "private Unternehmen sich dafür entschieden haben, große Teile der Fertigung im Unterauftrag zu vergeben, teilweise als eine Sicherung gegen Entlassungen, wenn die Arbeit geringer wird." Denn:

Das "Management sieht sich nicht in der Lage, die Zahl der Beschäftigten zu verringern und verfährt mit dem Problem konsequent dadurch, daß Expansion vermieden wird. Das hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Vergabe von Unteraufträgen ein wichtiges Werkzeug geworden ist, um mit Schwankungen im Arbeitseinsatz fertig zu werden - mit anderen Worten, das Problem wird innerhalb der Industrie verlagert."(46)

Diese Aussage läßt sich weiter belegen. Ein Betriebsrat bestätigte im Gespräch: "Die Unternehmensleitung tendiert dazu, Arbeit außerhalb des Betriebs zu vergeben." Damit werden allerdings zugleich mögliche Arbeitsplätze aus dem Betrieb verlagert, wogegen der Betriebsrat sich zu wehren versucht.(47) Dieselbe Strategie wird auch im Entwicklungsbereich angewandt. So informierte das in der Rüstungsentwicklung tätige Ingenieurbüro Hopp darüber, daß Spitzenbelastungen mit Hilfe von freien Mitarbeitern abgewickelt werden.(48)

(2) Die andere Strategie ist der Einsatz von Leiharbeitskräften. Vordergründig wird die auch in der Rüstungsfertigung übliche Leiharbeit (49) mit dem Mangel an besonders qualifizierten Arbeitskräften begründet; die Rekrutierung

dieser Arbeitskräfte scheint für die Rüstungsfertigenden Unternehmen problematisch zu sein. Doch Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute beobachteten zum Beispiel bei Blohm+Voss etwas anderes: "Je mehr Leiharbeiter kamen, desto mehr unqualifizierte waren darunter." (50) Auch bei Thyssen-Nordseewerke beobachteten Gewerkschafter einen engen Zusammenhang zwischen einer "knapp kalkulierten Beschäftigtenzahl" und dem Einsatz von Leiharbeitskräften. (51) Die Vermutung dürfte zutreffen, daß es sich hier um eine kalkulierte "Dispositionsmasse" für das Management handelt (52), was auch die bereits zitierte amerikanische Untersuchung nahelegt. Das Unternehmen "will die Stammbeschäftigung kleinhalten." (53)

Die Ursache für diese Unternehmensstrategien ist weniger in der von Managern angeführten zu großen Betonung der Beschäftigungssicherheit zu suchen. Gerade in der Rüstungsfertigung mit ihren zum Teil sehr hohen und/oder produktspezifischen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte (54) ist das Management durchaus daran interessiert, die qualifizierteren Arbeitskräfte längerfristig zu halten. Die beschriebene Flexibilität im Arbeitskräfteeinsatz wird besonders für wenig qualifizierte, leicht ersetzbare und wieder einzustellende Arbeitskräfte angestrebt. Hier erscheint das Streben nach "Beschäftigungssicherheit" in der Sicht des Managements allerdings als Kostenfaktor, der abgebaut werden kann - etwa durch Leiharbeitskräfte. Die hauptsächliche Ursache liegt vielmehr in der vorherrschenden Form der Rationalisierung der bundesdeutschen Rüstungsfertigung.

### **Rationalisierung und Automatisierung**

Die seit den sechziger Jahren hierzulande zu beobachtende relative Stagnation der Beschäftigtenzahlen in der Rüstungsfertigung ist das Ergebnis von Rationalisierungsstrategien, die sowohl politische wie wirtschaftliche Ursachen haben. Ein wesentliches Merkmal dieser als "Kon-

solidierung" von den Handelnden beschriebenen Rationalisierung war und ist das Bemühen, den Arbeitskräfteeinsatz möglichst gering zu halten und personelle Überkapazitäten zu vermeiden. Diese Zielsetzung ist in doppelter Hinsicht politisch bestimmt. Zum einen bringt die "politische Natur des Rüstungsgeschäfts" für den privaten Produzenten

"ein hohes Maß an Unsicherheit hinsichtlich der Bindung und der Erträge seiner Kapitalinvestitionen nicht allein durch mangelnde Kontinuität der staatlichen Nachfrage, sondern auch im Hinblick auf Eingriffe des Auftraggebers in angelaufene Entwicklungen und Produktionen, wobei einem Ausweichen auf den Export politische Grenzen gesetzt sind."  
(55)

Damit ist die politische Abhängigkeit der Rüstungsproduktion grundsätzlich zutreffend gekennzeichnet. Zum anderen wirken arbeitsrechtliche Beschränkungen in Grenzen einer betrieblichen Politik des Arbeitskräfteeinsatzes entgegen, deren wichtigste Instrumente Einstellungen und Entlassungen wären.

Die vorherrschende Form, um die bundesdeutsche Rüstungsindustrie zu "konsolidieren", ist die Rationalisierung durch umfassende Mechanisierung und Automatisierung der Rüstungsfertigung von der Entwicklung bis zur Fertigung. 1981 wurde der damalige Leiter der Rüstungsabteilung des Verteidigungsministeriums, Eberhard, von einer amerikanischen Fachzeitschrift nach dem Unterschied zwischen der Rüstungsproduktion in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland gefragt: "Wir haben beobachtet, daß amerikanische Unternehmen im Interesse wachsender Produktivität und höherer Qualität mehr und mehr zu computer- und roboter-kontrollierten Maschinen übergegangen sind. Geschieht dieser Wandel auch in der westdeutschen Rüstungsindustrie?" Eberhard antwortete:

"Dieser Wandel hat stattgefunden und er wird weitergehen und große Folgen sowohl für die zivile Produktion wie für die Rüstungsfertigung haben. Um ein Beispiel zu geben, möchte ich die Fertigung des MRCA (TORNADO; JR) und des ALPHA JET anführen, die nach meiner Meinung in einigen Bereichen zu einem größeren Teil automatisiert ist als in den USA; das gilt auch für die Marinerüstung. Schiffswerften haben zum Beispiel seit Jahren computerkontrollier-

te Schneide- und Schweißverfahren eingesetzt. Der Einsatz dieser Verfahren hat zu einem strukturellen Wandel geführt." (56)

Schon Mitte der siebziger Jahre hatte eine amerikanische Beratungsfirma in einer vergleichenden Untersuchung der Rüstungsindustrien in der NATO festgestellt, daß das "deutsche Management der Produktion so extrem effizient war, daß dadurch die hohen Lohnsätze und Schwierigkeiten mit Währungsschwankungen teilweise wettgemacht" werden konnten. Dem Panzerhersteller Krauss-Maffei schrieben sie "Europas am weitesten durchorganisiertes Panzermontageband" zu. (57) Mittlerweile ist die Herstellung von Panzerwannen weitgehend automatisiert, um ein weiteres Beispiel anzuführen (58), und im Hinblick auf automatisierte Fertigungsanlagen in der Luftfahrtindustrie schrieben 1982 zwei Rüstungsbürokraten aus dem Verteidigungsministerium: "Die deutsche Industrie ist durch die Beteiligung an den Programmen TORNADO und ALPHA JET international konkurrenzfähig geworden. In der Fertigung dürfte sie sogar eine Spitzenposition hinsichtlich Qualität und Produktivität einnehmen." (59) Selbst wenn man von diesen Äußerungen der am Strukturwandel Beteiligten einiges als zu euphorisch-interessiert abstreicht, kann die grundlegende Veränderung der Rüstungsfertigung nicht übersehen werden.

Der Schwerpunkt dieser schon recht weit fortgeschrittenen Form der Rationalisierung liegt offensichtlich im Bereich der Luftfahrtindustrie. Aber auch die anderen Rüstungsunternehmen sind nicht ausgenommen, wie die Erwähnung von Panzerbauern und Werften zeigt. In strukturschwachen Regionen haben rüstungsfertigende Unternehmen teilweise die fortgeschrittensten Maschinen eingesetzt. (60) Aufgrund der hohen Qualitätsanforderungen und massiver staatlicher Unterstützung auch auf der Ebene der Produktionstechnologien ist die Rüstungsfertigung zu einem Leitsektor für die Entwicklung und den Einsatz automatisierter Fertigungsverfahren geworden. Dieser Prozeß wird in den nächsten Jahren weitergehen. (61) In den USA ist diese Entwicklung soweit

vorangekommen, daß die großen Rüstungshersteller wie McDonnell Douglas, Lockheed, United Technologies und General Electric zu den führenden Anbietern auf der AUTOFAC III, einer Ausstellung für automatisierte Fabriken gehörten. General Electric bot sogar komplette automatisierte Fabriken an.(62)

Für den früheren Bundesforschungsminister von Bülow sind die beschäftigungspolitischen Folgen dieser Vorgänge unproblematisch:

"Solche fast menschenleeren Hallen finden sie auch schon bei uns, nehmen sie zum Beispiel die TORNADO-Produktion oder die neuen Fertigungsstraßen bei VW. Das ist mit den Gewerkschaften ausgehandelt: Es bedeutet ein Stagnieren der Personalzahlen und langsames Abbauen über die Fluktuation."(63)

Dabei führt diese Form der Rationalisierung unbestritten zum Verlust von Arbeitsplätzen, allerdings auf eine widersprüchliche Weise. Denn gleichzeitig werden die Arbeitsplätze für eine kleine Stammelegschaft sicherer.

Die Ursache hierfür liegt in der wachsenden Bedeutung von "produktionsökonomischen Regulativen"(64). Denn:

Ein Betrieb, "in dem die automatische Produktionsweise weitgehend durchgeführt ist, (besitzt) nicht annähernd dieselbe Freiheit (...), sich an Absatzrückgänge durch Arbeiterentlassungen anzupassen, wie eine Firma, bei der die Lohn- und Gehaltskosten einen sehr großen Teil der Produktionskosten ausmachen. Nicht nur fallen beim automatisierten Betrieb diese Ausgaben weniger ins Gewicht, nicht nur wird der größte Teil der Arbeitskräfte für die Wartung und Reparatur der Maschinen oder die weitere Ausgestaltung des Produktionsprozesses und der Produkte auch dann gebraucht, wenn die Produktionskapazität nur zu einem Bruchteil genutzt wird, sondern viele Arbeitskräfte stellen im Gegensatz zu früheren Verhältnissen auch eine Art Investierung dar. Sie sind teilweise mit großen Kosten ausgebildet worden und, wenn man sie bei Zeiten schlechten Geschäftsgangs entläßt (sofern das im Hinblick auf bestehende Tarifverträge überhaupt möglich ist), dann kann das bei Wiederaufnahme der Produktion zu den größten Schwierigkeiten führen."(65)

Diese Entwicklung führt zu Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Es bilden sich betriebsinterne Arbeitsmärkte heraus:

Der "Schwerpunkt von Qualifizierungsprozessen (hat) sich unter den Bedingungen fortschreitender technologischer

Entwicklungen immer mehr von der fachlichen und außerbetrieblichen auf die betriebliche Ebene verlagert. Der sich ständig beschleunigende Wandel und die Komplexität der Produktionstechnik führen dazu, daß die Betriebe die benötigten Qualifikationen immer weniger auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bzw. den national ohnehin sehr unterschiedlich institutionalisierten fachlichen Teilarbeitsmärkten vorfinden; ein wachsender Teil des qualifizierten Personals muß daher, teils mit hohen Kosten, im Betrieb ausgebildet werden. (...) Die Gefährdung der Arbeitsplätze, die von Schwankungen der Nachfrage und Kapazitätsauslastung unter traditionellen, arbeitsintensiven und teilmechanisierten Produktionsbedingungen ausgeht, ist damit weitgehend aufgehoben: Schon aus technologischen Gründen werden die Personalkosten, die allerdings nurmehr einen sehr kleinen Teil der Gesamtkosten ausmachen, ebenso wie Anlagekosten größtenteils zu fixen Kosten."(66)

Deutschmann beschreibt hier auf der Grundlage neuerer arbeitsmarktpolitischer Untersuchungen das typische Ergebnis der Automatisierung (67); viel spricht dafür, daß die Entwicklung in der Rüstungsindustrie ähnlich verläuft, zumal sie Vorgänge verstärkt, die produktspezifisch sind und in dieselbe Richtung weisen. So verwies ein Manager im Gespräch darauf, daß mittlerweile der "Spezialisierungsgrad auch im Fertigungsbereich (nicht nur in der Entwicklung) produktspezifisch sehr hoch" sei. Das habe Auswirkungen auf die Flexibilität des Arbeitskräfteeinsatzes. Bei Auslaufen einer Fertigung würden auch die Arbeiter oft ihr spezifisches Wissen verlieren, und selbst bei Facharbeitern seien in neuen Tätigkeitsbereichen oft lange Anlernzeiten notwendig. Ein Bereich geringer Flexibilität sei schließlich die Qualitätssicherung, die im Flugzeugbau 20 Prozent der Gesamtkosten erreiche. Die umfangreichen Kenntnisse, die für diese Arbeit notwendig sind (Kenntnis der Vorschriften, Produktionstechnologie, von Werkstoffen) seien hochgradig produktspezifisch.(68)

In die gleiche Richtung zielt die Behauptung, daß "nach Angaben von Krauss-Maffei und Rheinmetall im Jahr ohne jegliche Mehrbelastung oder Mehraufwand an Personal oder Maschinen mindestens zusätzlich 250 bis 300 Panzer des Typs Leopard produziert werden" könnten.(69) Sie hat nur dann betriebswirtschaftlich Sinn, wenn es aus "produktions-

ökonomischen" Gründen unumgänglich geworden ist, die für die Panzerfertigung benötigten Arbeitskräfte zu halten, weil diese Arbeitskräfte nicht beliebig auf dem außerbetrieblichen Arbeitsmarkt verfügbar sind. Sonst wäre zu erwarten, daß das Management aus Kostengründen den Bestand an Arbeitskräften im Unternehmen flexibler der Entwicklung der Rüstungsnachfrage anpassen würde, als es offensichtlich der Fall ist.

In der Tat scheinen rüstungsfertigende Unternehmen in den letzten Jahren ihren Arbeitskräftebestand so weit verringert zu haben, daß ein weiterer Abbau die für eine fortgesetzte (Rüstungs-)Produktion notwendige betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Größe unterschreiten würde. In einem Unternehmen gibt es eine Betriebsvereinbarung, die nach mehrjährigem Arbeitskräfteabbau um rund 30 Prozent den schließlich erreichten Beschäftigungsstand "als Untergrenze" für das Unternehmen "im Hinblick auf Vollbeschäftigungsziel, Kapazität und Auslastung" festschreibt.(70) Der Geschäftsführer des stark rüstungsabhängigen Unternehmens Rheinmetall, Germershausen, antwortete auf die Fragen "Sind alle diese Entwicklungskapazitäten (bei Rheinmetall; JR) auszulasten vor dem Hintergrund nur beschränkter finanzieller Mittel, doch im wesentlichen abgeschlossener Entwicklung der zweiten Waffengeneration und zunehmender internationaler Kooperation?" "Glauben Sie, Ihre Ingenieure und Techniker in der Entwicklung (...) ausreichend beschäftigen zu können?" kurz und bündig: "Es waren einmal fast das Doppelte. Würden wir weiter reduzieren, müßten wir Arbeitsgebiete aufgeben."(71)

Diese Antwort wie die vorhergehenden Angaben machen einmal mehr deutlich, daß auch in der Rüstungsfertigung die "Anpassung der Arbeitskräfte als abhängige Variable der Produktionserfordernisse"(72) zu sehen ist. Gleichzeitig ist festzuhalten, daß die beobachtete Stabilisierung des Beschäftigungsstandes mit verhältnismäßig großer Arbeitsplatzsicherheit für die "Stammebelegschaften" auf dem er-

reichten Niveau der technischen Rationalisierung relativ ist. Die so erreichte Arbeitsplatzsicherheit für die Kernbelegschaften ist durch weitere Automatisierung und Rationalisierung sowie durch verstärkte Integration in eine weltweit operierende Rüstungsindustrie (73) gefährdet. Zwar hatte bereits 1979 jedes sechste Industrieunternehmen hierzulande einen so "hohen Mechanisierungs- bzw. Automatisierungsgrad erreicht (...), daß weitere Rationalisierungsmaßnahmen als zu kostspielig bezeichnet werden." (74) Aber solche Wertungen sind stark von der Nachfrage für die produzierten Waren, der Stellung des Unternehmens auf den nationalen Markt und dem Weltmarkt abhängig. Gerade in der Rüstungsfertigung sind diese Größen in hohem Maße durch politische Entscheidungen bestimmt und damit auch beeinflussbar. Für die bundesdeutsche Rüstungsindustrie stellte denn auch ein Beobachter fest: "Rationalisierungsmöglichkeiten bestehen auch weiterhin, es sei denn, der öffentliche Auftraggeber 'spart' durch Programmstreckung." (75)

Die durch Rationalisierung und Automatisierung gewonnene relative Arbeitsplatzsicherheit der Kernbelegschaften hatte und hat für die übrigen rüstungsabhängigen Arbeitskräfte ihren Preis. Kommt es aufgrund von Auftragsmangel und/oder Rationalisierung, wie sie jetzt besonders auch die Bürotätigkeiten erfaßt, zu Entlassungen, so erfolgen diese nach bestimmten Kriterien: "1. der Grad der Qualifikation (der besonders produkt- und betriebsspezifisch bestimmt ist; JR) und 2. die Kosten für die Wiederbeschaffung des Mitarbeiters" - so ein Manager in einem stark rüstungsabhängigen Unternehmen. Gegenüber diesem klaren produktionsökonomischen Kalkül hebt der Betriebsrat desselben Unternehmens soziale Gesichtspunkte hervor. Er betont die lange Betriebszugehörigkeit der Beschäftigten und besteht auf der Aussage: "Wer hier arbeitslos wird, der kann nicht mehr." Andere Betriebsräte bestätigen die unterschiedlichen Arbeitsplatzrisiken. So berichtet ein Betriebsrat über die Krise Mitte der siebziger Jahre:

"Der Facharbeiter, der nicht gehen wollte, mußte nicht gehen." In einem anderen Unternehmen heißt es: "In Krisenzeiten werden teure Techniker gehalten, während die Werker entlassen werden." Und der Betriebsrat verweist auf den produktspezifischen Steuerungsmechanismus für diese unterschiedlichen Arbeitsplatzrisiken: "Die Verwaltung frißt uns auf."

Diese teilweise widersprüchlichen Aussagen finden ihre Erklärung in der Tendenz, direkte Entlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden; sie sind aufgrund arbeitsrechtlicher und tarifvertraglicher Regelungen ohnehin nicht immer einfach möglich. Zumindest im Zusammenhang mit Rationalisierungsvorhaben wird versucht, die Arbeitsplätze vorzugsweise über die "natürliche" Fluktuation der Beschäftigten abzubauen. Das wichtigste Instrument ist auch in der Rüstungsfertigung die "59er-Regelung". Danach erfolgt der Arbeitskräfteabbau "in Absprache mit dem Arbeitsamt" dadurch, daß Arbeiter und Angestellte mit 59 Jahren zunächst "freiwillig" arbeitslos werden (mit Anspruch auf Arbeitslosengeld) und dann vorzeitig in Rente gehen. Zum Teil gibt es auch betriebliche Sozialpläne auf dieser Grundlage. Obwohl hier durchaus soziale Gründe eine Rolle spielen ("weil die Leute fertig sind" - so ein Betriebsrat), handelt es sich gleichwohl um eine verschleierte Form der Arbeitsplatzvernichtung. Denn gleichzeitig erfolgen keine Neueinstellungen und Lehrlinge werden nicht in ein normales Arbeitsverhältnis übernommen.

Ganz ohne Kündigungen werden aber weder die Folgen der rüstungskonjunkturellen Krisen noch die der Rationalisierung bewältigt. Hier greifen dann die oben erwähnten Kriterien: Die betriebs- und produktspezifische Qualifikation der Arbeitskräfte und die Kosten ihrer eventuellen Wiederbeschaffung steuern den Vorgang. Dabei werden systematisch die "schwachen" Arbeitskräfte ausgewechselt; ein Betriebsrat berichtet, daß vor allem "ungeliebte" Arbeitskräfte gekündigt worden seien. Ein anderer betont, daß sich die Ar-

beitsituation im Zusammenhang mit der Rationalisierung der letzten Jahre verändert habe. Er spricht von "Krankenverfolgung durch die Unternehmensleitung", von verschärftem Arbeits- und Leistungsdruck.(76)

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß sich die massiven Rationalisierungsinvestitionen der letzten Jahre in der Rüstungsfertigung nicht anders niedergeschlagen haben, als auch sonst in der bundesdeutschen Industrie: Durch wachsende Arbeitsplatzrisiken besonders für diejenigen, die zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes gehören. Dazu zählen die alten, gesundheitlich angeschlagenen Arbeitskräfte ebenso wie Jugendliche, die erst gar keinen Arbeitsplatz erhalten. Und es trifft besonders diejenigen, die eine von den Produktionserfordernissen her gesehen niedrige und leicht wieder zu beschaffene Qualifikation haben: ungelernte und angelernte Arbeitskräfte, Frauen und Ausländer.

Die Rede von der Arbeitsplatzsicherheit in der Rüstungsfertigung, dieses von politisch und wirtschaftlich interessierter Seite öffentlichkeitswirksam vorgetragene Stereotyp der rüstungspolitischen Diskussion, stellt sich als Täuschung heraus. Die Tatsache, daß Rüstungsaufträge den Bestand eines Unternehmens sichern können, daß zur Rüstungsfertigung unstreitig Arbeitskräfte notwendig sind, bedeutet nicht, daß rüstungsabhängige Arbeitsplätze sichere Erwerbsmöglichkeiten für den einzelnen Beschäftigten bieten. Wo immer die Beschäftigungswirkungen von Rüstungsproduktion angeführt werden, dient das nicht dem arbeitsmarktpolitischen Ziel, zur Sicherung von Vollbeschäftigung "Arbeitsplätze in ihrer Quantität - d.h. sektoralen, regionalen, beruflichen Verteilung - und ihrer Qualität" dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.(77)

Auch hinter beschäftigungspolitisch begründeten oder beeinflussten Rüstungsentscheidungen steht nicht das Motiv, die einzelnen Arbeitsplätze zu sichern, sondern die Bestandssicherung des Unternehmens - selbst mit Hilfe einer

Arbeitsplätze vernichtenden Rationalisierung. Ein Lehrbeispiel hierfür sind die Vorgänge in der norddeutschen Werftindustrie. Beschäftigungspolitische Argumente in der Auseinandersetzung über rüstungspolitische Entscheidungen sollen die Fortsetzung der bisherigen Rüstungspolitik absichern und Rüstungsproduktion rechtfertigen - gleichgültig, ob Arbeitsplätze durch weitere Rationalisierungen verlorengehen, ob sie aufgrund der Prioritätensetzung staatlicher Ausgaben zugunsten von Rüstungsausgaben erst gar nicht geschaffen werden oder wieviele bei einer veränderten Sicherheitspolitik erzeugt werden könnten.(78)

Die weitere Entwicklung ist absehbar. Die Rationalisierung wird weitergehen, schon allein um die internationale Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Rüstungsindustrie zu sichern. Die Spaltung innerhalb der Unternehmensbelegschaften im Hinblick auf Arbeitsplatzrisiken wird sich weiter verschärfen - besonders, wenn arbeitsintensive und technologisch wenig anspruchsvolle Fertigungen für Exportmärkte ins Ausland verlagert werden.

Schon kurzfristig werden diese langfristigen Entwicklungen aber durch die nächste große Krise der bundesdeutschen Rüstungsindustrie überlagert werden, wenn die derzeit laufenden Beschaffungsvorhaben abgeschlossen sein werden. Dann steht die rüstungsfertigende Industrie vor einer Aufgabe, die der Quadratur des Kreises gleicht: Die Produktionsanlagen sind nicht ausgelastet, werden aber gleichzeitig durch Rationalisierung und Automatisierung immer leistungsfähiger - um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Die Rüstungspreise steigen aufgrund wachsender technischer Raffinesse der Waffensysteme und rüstungstypischer politischer Preisbildungsmechanismen. Der Staatsapparat verfügt über grundsätzlich begrenzte Mittel, um die immer teureren Rüstungen zu bezahlen; er wird notwendig immer geringere Stückzahlen beschaffen können. Die internationale Konkurrenz auf dem weltweiten Rüstungsmarkt verschärft sich durch geringes Wachstum des Marktvo-

lumen und zusätzliche Anbieter. Damit sinken die Chancen der Produktionsauslastung durch Rüstungsexport. Um überhaupt exportieren zu können, müssen häufig Produktionslizenzen vergeben werden, was wiederum die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt verschärft ... Das ist der unübersehbare Entwicklungstrend der gegenwärtigen Rüstungs- und Rüstungsproduktionspolitik. Für die rüstungsabhängig Beschäftigten ist die Konsequenz klar: ihre Arbeitsplatzrisiken werden zunehmen.

#### Anmerkungen

- 1) G.Anders: Aufruf an die Rüstungsarbeiter der Welt 1982, in: Das Argument, 24(131)1982, S.74
- 2) Vgl. G.Anders: Der hippokratische Eid. Erwägungen zum Problem des "Produktstreiks", in: ders.: Endzeit und Zeitenende. München 1972, S.136-167. Anders ging es nicht um Antworten, sondern um die Formulierung von Fragen, um Anstöße zum Fragen. Ob Produktstreik eine Antwort ist, darüber war er sich 1972 selbst unsicher.
- 3) Vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte, 33(2)1982, S.126
- 4) Vgl. Tagesspiegel, 21.6.1984
- 5) Vgl. Tagesspiegel, 22.4.1982.- Die Zahl der durch Militärausgaben direkt und indirekt erzeugten industriellen Arbeitsplätze kann aufgrund der verfügbaren Informationen nur geschätzt werden: zwischen neun und sechzehn Millionen weltweit. Die Zahl der weltweit direkt von der Rüstungsfertigung abhängigen Arbeitsplätze liegt zwischen vier und sechs Millionen; vgl. ausführlicher dazu J.Rodejohann: Rüstungsabhängige Arbeitsplätze. Arbeit für wenige - Arbeitslosigkeit für viele, in: spw - Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, 6(19)1983, S.201-208,223
- 6) J.Robinson: Zur Krise der ökonomischen Theorie, in: Krise der ökonomischen Theorie - Krise der Wirtschaftspolitik. Köln 1978, S.22-36(36); vgl. auch H.Magdoff/P.M.Sweezy: Herhören, Keynesianer! in: Das Argument, 26(145)1984, S.382-390.- Zum Zusammenhang vgl. weiter J.Heinrichs: Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in den Industrieländern, in: Starnberger Studien, (4)1980, S.169-201
- 7) Vgl. metall, 14.1.1981
- 8) Vgl. Flight international, 7.11.1981

- 9) Vgl. metall, 7.10.1981
- 10) Zur Rüstungskonversion vgl. als ersten Überblick den kommentierten Literaturbericht J.Rodejohann: Rüstungskonversion, in: Das Argument, 25(142)1983, S.878-883; zur Position der Gewerkschaften zuletzt H.Klaus: Gewerkschaftliche Friedensarbeit, in: WSI-Mitteilungen, 37(5)1984, S.254-260 und J.Dünnwald: Alternative Produktion - eine gewerkschaftliche Perspektive, in: ebenda, S.285-292
- 11) Der Aufsatz ist abgedruckt in: E.Kehr: Der Primat der Innenpolitik. Berlin 1970, S.130-148(146)
- 12) So berichtet bei O.Bauer: Großkapital und Militarismus. Wem nützen die neuen Kriegsschiffe?, in: Ders.: Werkausgabe, Bd.1. Wien 1975, S.785-798(787)
- 13) R.Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, in: Dies.: Gesammelte Schriften, Bd.5. Berlin (DDR) 1981, S.404 (Hervorhebung JR)
- 14) O.Bauer (s.Anm. 12), S.790.- Eine zusammenfassende Darstellung der historischen Entwicklung von Rüstungsproduktion/-politik und Arbeit/Arbeiterbewegung gehört zu den noch nicht erfüllten Aufgaben der Friedensforschung.
- 15) P.Schlotter: Rüstungspolitik in der Bundesrepublik. Die Beispiele Starfighter und Phantom. Frankfurt/New York 1975, S.15-16; als Überblick zur Entwicklung der bundesdeutschen Rüstungsindustrie und -politik vgl. auch C.Bielfeldt/P.Schlotter: Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt 1980, M.Brzoska: Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie, in: Ders. u.a.: Das Geschäft mit dem Tod. Frankfurt 1982 sowie M.Geyer: Deutsche Rüstungspolitik 1860 - 1980. Frankfurt 1984, besonders S.171-231
- 16) F.Zimmermann: Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, in: Wehr und Wirtschaft, 13(1)1969, S.19-24(20)
- 17) T.Zwissler: Probleme der Wehrwirtschaft und Rüstung, in: Wehrkunde, 20(5)1971, S.231-236(231-232)
- 18) Probleme der Industrie, in: Wehr und Wirtschaft, 13(2)1969, S.75-76(76)
- 19) Vgl. U.Albrecht u.a.: Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen. Reinbek 1978 sowie die teilweise veränderte Neuauflage unter dem Titel Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit? Reinbek 1982
- 20) Vgl. Brzoska (s.Anm. 15), S.12
- 21) Vgl. M.Brzoska/H.Wulf: Die Rüstungswirtschaft, in: J.Huffschtmidt, Hrsg.: Rüstungs- oder Sozialstaat? Köln 1981, S.34-57
- 22) Vgl. BDLI-Jahresbericht 1976/77. Bonn - Bad Godesberg, Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie o.J., Tabelle 4

- 23) Unveröffentlichte, teilweise vertrauliche Materialien, Gesprächsnotizen, Interviewprotokolle im Archiv des Projekts "Rüstungsarbeiter und Konversion".- Dieser Aufsatz ist die überarbeitete Fassung eines Abschnitts aus dem Abschlußbericht dieses Projekts, welches von 1978 bis 1981 von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) und der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung (BSK) gefördert wurde. Der Abschlußbericht kann bei der DGFK in Bonn oder im Berliner Projektverbund der BSK eingesehen werden.
- 24) s.Anm. 23
- 25) Vgl. Wehrtechnik, 11(8)1979, S.102; weiter 13(2)1981, S.11, (3)1981, S.8, (10)1981, S.55, (11)1981, S.10, (12)1981, S.8; 14(6)1982, S.63, (7)1982, S.25, (8)1982, S.8, (9)1982, S.11.- Der Pressechef von Rheinmetall, H.-U.Pieper, wurde von der Redaktion der Zeitschrift "Wehrtechnik" Ende 1983 zu einem der zehn "Männer des Jahres" gewählt: "weil er sowohl für sein eigenes Unternehmen als auch stellvertretend für die im Verteidigungsbereich engagierte deutsche Industrie mit viel Mut und persönlichem Einsatz die arbeitsmarkt- und sicherheitspolitischen Aspekte einer vernünftigen Rüstung gegenüber den Medien aller Richtungen darstellte"; vgl. ebenda, 15(12)1983, S.9
- 26) Zimmermann (s.Anm. 16), S.20
- 27) Vgl. Bielfeldt/Schlotter (s.Anm. 15), S.83-87; M.Brzoska: Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik, in: WSI-Mitteilungen, 37(5)1984, S.277-284 kommt zu dem Schluß: "Insgesamt scheint der spin-off (der zivile Ertrag; JR) heute nur eine geringe tatsächliche, aber eine bedeutende propagandistische Wirkung zu haben, in der Vergangenheit dürfte dies zeitweise anders gewesen sein."(284)
- 28) Zitiert nach Wehrdienst, 25.5.1981, S.5
- 29) Vgl. Bielfeldt/Schlotter (s.Anm. 15), S.49ff.; auch in der internationalen Rüstungspolitik spielen beschäftigungspolitische Argumente eine wachsende Rolle, wie bei M.Edmonds, Hrsg.: International arms procurement. New York u.a. 1981 nachzulesen ist.
- 30) Vgl. Schlotter (s.Anm. 15), S.9
- 31) Vgl. dazu Rodejohann (s.Anm. 5)
- 32) Die Zahl der höchstens 240.000 industriellen rüstungsabhängigen Arbeitsplätze (vgl. Rodejohann, ebenda) muß ins Verhältnis gesetzt werden zu der Tatsache, daß allein 1981 in der metallverarbeitenden Industrie 100.000 Arbeitsplätze vernichtet wurden; vgl. Der Gewerkschafter, 30(4)1982, S.41
- 33) Vgl. Der Gewerkschafter, 30(4)1982, S.10-13
- 34) Wirtschaftswoche, 2.12.1983, S.32

- 35) Vgl. die tageszeitung, 16.5.1984, S.7
- 36) Wehrtechnik, 16(5)1984, S.19
- 37) Vgl. M.Brzoska: Rüstungsexportpolitik in der Bundesrepublik, in: aus politik und zeitgeschichte, (18)5.5.1984, S.15-25; J.Rodejohann: Rüstungsexporte sind keine Lösung, in: Vorgänge, 23(3)1984, S.99-110
- 38) K.Mehrens/C.Wellmann: Gewerkschaften, Rüstung und Abrüstung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 31(9)1980, S.591-602(594-595)
- 39) Vgl. Brzoska (s.Anm. 27), S.279
- 40) Vgl. die Angaben in den Berichten des BDLI (s.Anm.22), die ab 1976/77 für die folgenden Berechnungen herangezogen wurden.
- 41) U.Engelen-Kefer: Beschäftigungspolitik. Köln 1976, S.163
- 42) Vgl. W.Flume: Staatskind Luftfahrtindustrie?, in: Wehrtechnik, 14(5)1982, S.24-32
- 43) Vgl. Wehrtechnik, 16(5)1984, S.20
- 44) Vgl. Brzoska (s.Anm. 27), S.279; Deutscher Bundestag, Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Stenographisches Protokoll, 10/18, S.125, 219.- Eine ergänzte Dokumentation der Anhörung über Entwicklung und Rüstung ist in der Zeitschrift Militärpolitik Dokumentation, 8(37)1984 erschienen.
- 45) s.Anm. 23
- 46) R.A.Gessert u.a.: The impact of the rationalization of European defense industries of alternative US approaches to transatlantic defense cooperation. McLean Va. 1979, Bd.1, S.15, Bd.3, S.95
- 47) s.Anm. 23
- 48) Vgl. Wehrtechnik, 11(7)1979, S.93
- 49) s.Anm. 23
- 50) Der Gewerkschafter, 30(2)1982, S.22
- 51) Vgl. metall, 3.12.1980
- 52) s.Anm. 23
- 53) Der Gewerkschafter, 30(2)1982, S.23
- 54) Vgl. dazu den Beitrag von C.Wellmann in diesem Band.
- 55) H.G.Bode: Gutachten zur Vergabe von Aufträgen und zur Vertragsgestaltung im Bereich Rüstung. Bonn 1970, mimeo
- 56) P.A.Chadwell: West German views on defense issues, in: National Defense, 65(366)1981, S.34
- 57) Hoagland, Mac Lachlan & Co.: NATO standardization and licensing policy - Exploratory phase. McLean Va., Bd.3, S.25, 185

- 58) s.Anm. 23
- 59) K.Heilmann/H.Heumann: Trends im militärischen Flugzeugbau, in: Wehrtechnik, 14(2)1982, S.33-38(38)
- 60) s.Anm. 23
- 61) Vgl. u.a. Aviation Week & Space Technology, 17.5.1982, S.42-136
- 62) Vgl. H.G.Helms: Konzerne drängen zur automatischen Fabrik, in: Der Gewerkschafter, 30(1)1982, S.18-19
- 63) Der Spiegel, 36(15)1982, S.236-248(245)
- 64) C.Deutschmann: Das konservative Moment der Gewerkschaftsbewegung, in: Leviathan, (Sh.4)1981, S.152-177 (169)
- 65) F.Pollock: Automation - Materialien zur Beurteilung ihrer ökonomischen und sozialen Folgen. Frankfurt 1964, S.239
- 66) Deutschmann (s.Anm. 64), S.168-169
- 67) Vgl. weiter S.Roth: Rationalisierungsmaßnahmen der achtziger Jahre und gewerkschaftliche Handlungsbedingungen, in Gewerkschaftliche Monatshefte, 33(3)1982, S.129-143; J.Welsch: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung, technischer Fortschritt und Beschäftigung als Problem der achtziger Jahre, in: WSI-Mitteilungen, 35(4)1982, S.205-215; F.Haug: Automation im Widerspruch, in: Argument-Sonderband, (AS 95)1982, S.8-18
- 68) s.Anm. 23
- 69) Vgl. Internationale Wehrrevue, 14(4)1981, S.417
- 70) s.Anm. 23
- 71) Vgl. Wehrtechnik, 12(8)1980, S.78
- 72) Vgl. Engelen-Kefer (s.Anm. 41)
- 73) Vgl. H.Tuomi/R.Väyrynen: Transnational Corporation, Armaments and Development. Tampere 1980
- 74) Vgl. ifo-schnelldienst, (33)1979, S.27
- 75) E.Heckmann: Eine Industrie hat Hochkonjunktur. Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, in: Wehrtechnik, 13(6)1981, S.15-21(17)
- 76) s.Anm. 23
- 77) Engelen-Kefer (s.Anm. 41)
- 78) Vgl. die Hinweise bei Rodejohann (s.Anm. 5) sowie zu den Prioritäten staatlicher Politik die Beiträge von U.Albrecht und P.Krasemann in diesem Band.

Der Aufsatz erscheint in Heft 20 "Rüstung und soziale Sicherheit" der Friedensanalysen Ende 1984 oder Anfang 1985 (= edition suhrkamp 1196)